

Presseinformation

Dynamik der technischen Entwicklung nimmt zu

- **Von Smart Data bis Social Business: Zweiter BITKOM Trendkongress**
- **Umfrage: Leben ohne Internet für Mehrheit nicht mehr vorstellbar**
- **Vertrauensvorschuss für Hightech-Politik der neuen Bundesregierung**

Berlin, 13. November 2013

Fast die Hälfte (49 Prozent) aller Bundesbürger erwartet, dass sich ihr Leben durch neue Technologien in den kommenden zehn Jahren noch stärker verändert als in der vergangenen Dekade. Das berichtet der Hightech-Verband BITKOM auf Basis einer repräsentativen Umfrage. Gut ein Drittel (35 Prozent) der Befragten rechnet für die Zukunft mit einer ähnlich dynamischen Entwicklung wie in den letzten zehn Jahren und nur 12 Prozent mit geringeren Veränderungen. „Die Digitalisierung erfasst nach Medien, Finanzwesen und Handel nun verstärkt Bereiche wie Mobilität, Bildung, Gesundheitsversorgung und Industrie“, sagte BITKOM-Präsident Prof. Dieter Kempf beim zweiten BITKOM Trendkongress in Berlin. Laut Umfrage erwarten jeweils 42 Prozent der Bundesbürger die größten Veränderungen im Gesundheitswesen sowie am Arbeitsplatz. 40 Prozent rechnen mit den meisten Innovationen im Bildungsbereich und 37 Prozent im Verkehrswesen.

Nach den Ergebnissen der Umfrage sind mit 64 Prozent fast zwei Drittel der Bundesbürger positiv oder sehr positiv gegenüber technischen Neuerungen im ITK-Bereich eingestellt. Dagegen sehen 20 Prozent technische Neuerungen negativ und weitere 9 Prozent sogar sehr negativ. Insgesamt stehen also rund 20 Millionen Bundesbürger Innovationen mehr oder weniger ablehnend gegenüber. „Innovative Unternehmen sind in ihrem Heimatmarkt auf ein politisches und gesellschaftliches Umfeld angewiesen, das technische Neuerungen fördert“, betonte Kempf. Daher sei es wichtig, dass ein positives Bild innovativer Technologien vermittelt wird, ohne dabei die Risiken außer Acht zu lassen.

Fragt man nach den positiven und negativen Effekten neuer Technologien in den Bereichen Computer, Telekommunikation und Internet, zeigen sich rund drei Viertel eher optimistisch. 76 Prozent der Bundesbürger können sich ein Leben ohne Internet nicht mehr vorstellen. Ebenso viele freuen sich über technische Neuerungen oder haben Spaß an neuen Internetdiensten (74 Prozent). Auf der

Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation und
neue Medien e.V.

Albrechtstraße 10
10117 Berlin
Tel. +49.30.27576-0
Fax +49.30.27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

Ansprechpartner
Maurice Shahd
Pressesprecher
Tel. +49.30.27576-114
m.shahd@bitkom.org

Präsident
Prof. Dieter Kempf

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder

Presseinformation

Dynamik der technischen Entwicklung nimmt zu

Seite 2

anderen Seite fühlt sich gut ein Drittel (36 Prozent) von den vielen technischen Neuerungen überfordert. Ein Viertel empfindet die durch neue Geräte und Dienste ausgelöste Informationsflut als belastend.

Die Mehrheit der Befragten ist über die aktuell diskutierten Zukunftstechnologien gut informiert. Drei Viertel (76 Prozent) haben bereits von Haushaltsrobotern gehört, zwei Dritteln (68 Prozent) sind autonom fahrende Autos bekannt und 55 Prozent 3D-Drucker. 42 Prozent haben bereits von Chip-Implantaten gehört, die zum Beispiel für die medizinische Überwachung von chronisch Kranken verwendet werden können. Geringer als die Kenntnis der jeweiligen Technik ist die Nutzungsbereitschaft. Aber immerhin 54 Prozent sind an einem Haushaltsroboter interessiert und 37 Prozent können sich vorstellen, von einem selbst fahrenden Auto chauffiert zu werden. Fast genauso viele, die Smart Watches kennen (45 Prozent), wollen eine solche Uhr auch nutzen (44 Prozent).

Erheblichen Einfluss auf die Entwicklung und Verbreitung neuer Technologien hat das politische Umfeld. „Die Politik hat vor allem bei der Modernisierung der Infrastrukturen großen Gestaltungsspielraum“, sagte Kempf. Laut Umfrage ist eine Mehrheit (56 Prozent) der Bundesbürger der Ansicht, dass eine große Koalition aus Union und SPD die Herausforderungen des digitalen Zeitalters bewältigen kann. 35 Prozent der Befragten trauen das der künftigen Regierung allerdings nicht zu. „Die neue Bundesregierung muss in der Hightech-Politik zum Beispiel mit der besseren Unterstützung von Start-ups oder mit der Einführung der steuerlichen Forschungsförderung die richtigen Akzente setzen“, sagte Kempf. Zudem sei auf Feldern wie dem Datenschutz oder der Regulierung der Telekommunikation ein stärkeres Engagement notwendig. Kempf: „Die große Koalition genießt einen großen Vertrauensvorsprung, den sie in erfolgreiche Politik umsetzen muss.“

Beim BITKOM Trendkongress 2013 geht es um die Zukunft der digitalen Wirtschaft. Die rund 800 Teilnehmer von Global Playern bis zu Start-ups sowie aus Politik und Wissenschaft sprechen über die Trends von morgen und übermorgen. Zu den Keynote-Speakern zählen in diesem Jahr unter anderem Timotheus Höttges, Stefan von Holtzbrinck, Natalya Kaspersky und Michael T. Fries. Die Themen reichen von Smart Data über Social Business bis zu Open Innovation. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Digitalisierung von Branchen wie der

Presseinformation

Dynamik der technischen Entwicklung nimmt zu

Seite 3

Fertigungsindustrie sowie die digitale Modernisierung sozialer Infrastrukturen wie dem Gesundheitswesen und der öffentlichen Verwaltung.

Der aktuelle Live-Stream läuft unter <http://www.bitkom-trendkongress.de/news>

Methodik: Im Auftrag des BITKOM hat das Marktforschungsinstitut ARIS Umfrageforschung 1.008 Personen ab 14 Jahre befragt. Die Umfrage ist repräsentativ für die Gesamtbevölkerung.

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. vertritt mehr als 2.000 Unternehmen, davon 1.200 Direktmitglieder mit etwa 140 Milliarden Euro Umsatz und 700.000 Beschäftigten. Hierzu zählen Anbieter von Software, IT-Services und Telekommunikationsdiensten, Hersteller von Hardware und Consumer Electronics sowie Unternehmen der digitalen Medien. Der BITKOM setzt sich insbesondere für bessere ordnungspolitische Rahmenbedingungen, eine Modernisierung des Bildungssystems und eine innovationsorientierte Wirtschaftspolitik ein.